

**Gemeinderat - öffentlich - vom 11.11.2014**  
**1) TOP Bürger fragen**

---

Keine.

## 2) TOP 1-115/14 Erster Beigeordneter - Wahl

---

Bürgermeister Kaiser: Die Stadt könne stolz sein, auf das Erreichte der zurückliegenden Jahre, auf die vielen Millionen an Investitionen ohne Schulden, auf Vitalität und intakte Infrastruktur. Doch eine Stadt sei nie fertig. Die Konversion werde die Stadt noch vor Herausforderungen stellen. Er danke dem Gemeinderat für seinen Einsatz für die Stadt und die Bürger. Danken möchte er auch seinen Kolleginnen und Kollegen für deren Einsatz, die Unterstützung und das gute Miteinander.

Nach der kurzen Ansprache von Herrn Kaiser zu seiner Kandidatur, die dem Protokoll als Anlage beiliegt, verlässt er den Sitzungssaal.

Oberbürgermeister Pauly: Herr Kaiser sei das Beste für die Stadt, da er jeden Tag unter Beweis stelle, welche unglaubliche Kompetenz er besitze. Es sei dringend geboten, mit Herrn Kaiser eine Konstanz im Rathaus zu erhalten.

Beschluss: Für das Amt des Ersten Beigeordneten (Bürgermeister) der Großen Kreisstadt Donaueschingen wird gewählt:

Bernhard Kaiser

(32 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)

Bürgermeister Kaiser: Er danke dem Gemeinderat für den Vertrauensbeweis.

Stadtrat Blaurock: Er gratuliere im Namen des gesamten Gemeinderats Herrn Bürgermeister Kaiser ganz herzlich zur Wiederwahl. Das gesamte Gremium freue sich auf die weitere Zusammenarbeit.

### 3) TOP 1-121/14 Stadtbusverkehr Neukonzeption – Information IBV Hüsler

---

Herr Hüsler (Büro IBV Hüsler, Zürich) erläutert anhand einer Powerpoint Präsentation den stand der Aktualisierungsplanung und informiert über die bisher gewonnenen Erkenntnisse. Die Powerpoint Präsentation liegt dem Protokoll als Anlage bei.

Stadtrat Karrer: Er danke Herrn Hüsler für die Ausführungen. Im alten Konzept von Herrn Hüsler, das vor circa 15 Jahren erstellt worden sei, seien bereits auch drei Linien vorgesehen gewesen. Des Weiteren seien im damaligen Konzept Rendezvous-Punkte am Rathaus und am Bahnhof vorgesehen gewesen. Würde dies in der Neukonzeption auch noch berücksichtigt werden? Ob der Schülerverkehr getrennt von dem normalen Stadtbusverkehr erfolgen solle, müsste auch noch geklärt werden. Ein Halbstundentakt sei sicherlich gut, dennoch könnte er sich vorstellen, zu gewissen Zeiten die Busse in einem Stundentakt fahren zu lassen.

Stadtrat Kuttruff: Auch er danke Herrn Hüsler für den Vortrag. Im neuen Stadtbusverkehrskonzept müssten die Schulstandorte, insbesondere auch mögliche Veränderungen dieser (Realschule), berücksichtigt werden. Ebenfalls müsse das Konversionsgelände in die Planungen eingeschlossen werden. Dynamische Konzepte, wie Rufbusse könnten auch Ergänzungen zum Stadtbusverkehr sein. Die Einbindung anderer Verkehrsmittel, wie zum Beispiel die Bahn, regionale Busse, E-Bikes und auch die Konus-Gästekarte sollten ebenfalls geprüft werden. Über den Zeitplan der Planungen solle der Gemeinderat informiert werden.

Stadtrat Greiner: Heute könnten noch keine Beschlüsse gefasst werden, er halte dies für verfrüht. Der Vortrag solle den Gemeinderäten zur Verfügung gestellt werden. Des Weiteren sei eine Kostenaufstellung zeitnah vorzulegen.

Stadträtin Wiemer: Wichtig sei, dass die Busse behindertengerecht ausgestattet seien. Des Weiteren interessiere sie, wie die Taktung in den Abendstunden sein solle und ob das Gewerbegebiet in die Stadtbuslinien mit einbezogen werden solle.

Stadtrat Kaiser: Die Vertaktung mit der Bahn und den Regiobussen sei zwingend notwendig. Mit welcher Art von Bussen (Linienbusse oder Midibusse) würde die Linien gefahren werden?

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Zu den von Herrn Hüsler vorgetragene Planungsideen könne heute inhaltlich nichts gesagt werden. Mit den Planungen würde man am Anfang stehen. Bürgerinnen und Bürger sollen, sobald ein erstes schriftliches Konzept vorliege, in die Planungen miteinbezogen werden. Wichtig für sie sei auch die weitere zeitliche Planung und die Kostenaufstellung.

Stadtrat Fischer: Die Details der Linienführung müssten frühzeitig in einer der nächsten Sitzungen des Technischen Ausschusses oder der Arbeitsgruppe Stadtbusverkehr intensiv beraten werden.

Stadtrat Wagner: Sei dieses vorgestellte Konzept ohne eine Bedarfsanalyse erstellt worden?

Herr Hüsler: Die Neukonzeption des Stadtbusses stehe noch ganz am Anfang. Aus diesem Grund sei es auch noch nicht möglich gewesen, eine schriftliche Vorlage für die heutige Sitzung zu fertigen. Das Konversionsgelände, sowie die Schulstandorte würden selbstverständlich berücksichtigt werden.

In Klein- und Mittelstädten habe die Erfahrung gezeigt, dass sich die Ausweitung der Linienführung in die Gewerbegebiete nicht lohne. In den Gewerbegebieten sei nur morgens und

abends mit Fahrgästen zu rechnen, sodass dies aus Kostengründen nicht rentabel sei. Jedoch könnte in einer späteren Phase das Gewerbegebiet miteingebunden werden.

Das klassische Busangebot sei wichtig und würde auch bei einem guten Angebot gut angenommen werden. Andere Verkehrsmittel, wie Car-Sharing, E-Bike usw. seien gute Ergänzungen zu einem guten Stadtbusangebot. Rufbusse könne er sich in Außenbereichen vorstellen. Diese seien aber sehr teuer.

In der Regel sei die Nachfrage bei einem Stadtbusverkehr im Zeitraum von 6.00 Uhr bis 20.00 Uhr am größten. Er könnte sich aber auch vorstellen, an Freitag- und Samstagabenden ein zusätzliches Angebot einzurichten.

In einigen Jahren müssten öffentliche Verkehrsmittel behindertengerecht sein. Dies werde auch einklagbares Recht werden. An einigen Haltestellen müssten noch, um dies zu erreichen, Dinge nachgebessert werden.

Die Taktung der Busse sei wichtig. Sie müsse verständlich und einfach gestaltet werden.

Es würde angestrebt, den Schülerverkehr in den Stadtbusverkehr einzugliedern. Der Schülerverkehr sollte sich, dank der Zuschüsse, selbst finanzieren.

Oberbürgermeister Pauly: Im Dezember 2015 müsse das Konzept dem Landratsamt vorliegen. Das Konzept könnte dann ab 2017 umgesetzt werden. Dies bedeute, dass der Gemeinderat noch ein Jahr Zeit für die Planung habe.

Herr Hüsler: Ende 2014, Anfang 2015 werde dem Gemeinderat ein Stadtbuskonzept als Diskussionsgrundlage vorgelegt.

Die Linienführung sei sehr wichtig. Diesbezüglich sei man mit den Behörden in Kontakt und werde so bald als möglich den Gemeinderat darüber informieren.

Eine Bedarfsanalyse sei nicht vorgenommen worden. Dennoch wisse er, wo die Märkte liegen würden. Sehr wichtig sei dabei die Bevölkerungsverteilung. Ein Stadtbus solle den Bürgern ermöglichen, von ihrem Wohnort zu zentralen Punkten, wie zum Beispiel zu Krankenhäusern und Schulen, zu gelangen. Er kenne den Bedarf in Donaueschingen, wemgleich er froh darüber sei, dass Hinweise auf besondere Situationen und Änderungen an ihn herangetragen würden.

Er halte Standardbusse für die am geeignetsten in Donaueschingen. Die Midifahrzeuge müssten, wenn der Stadtbus gut angenommen würde, relativ bald in Standardbusse getauscht werden. Dies würde Kosten verursachen.

Es sei vorgesehen, ein Rendezvous Punkt am Bahnhof einzurichten.

Die An- und Abfahrtszeiten der Züge am Bahnhof in Donaueschingen seien sehr breit gefächert. Lösungen, um lange Wartezeiten zu verhindern und gleichzeitig einfache Taktungen zu erreichen, müssten noch gefunden werden.

Bürgermeister Kaiser: Der Gemeinderat habe bereits einen Kostenrahmen für die Neukonzeption des Stadtbusverkehrs definiert.

Stadtrat Vetter: Bezüglich der Taktung sollten auch die Abfahrtszeiten der überregionalen Linien, insbesondere der in die Ortsteile fahrenden, berücksichtigt werden.

Herr Hüsler: (Auf Anmerkung von Stadträtin Schmitt) Der Bus, der durch die Karlstraße fahren werde, dürfe nicht als zusätzlicher Verkehr gesehen werden. Wenn dieser Bus mit 25 Fahrgästen besetzt wäre, könne man davon ausgehen, dass eine gewisse Anzahl an Autos somit nicht durch die Karlstraße fahren würde. Des Weiteren sei mit der neuen Motortechnik in den Bussen der Lärm zurückhaltender und die Abgasbelastung geringer. Sollten sich die Bürger der Stadt mit dem neuen Stadtbus identifizieren, was das Ziel sei, dann würde auch die Durchfahrt durch die Karlstraße akzeptiert werden.

Beschluss:

1. Die Information wird zur Kenntnis genommen.

2. Der Gemeinderat ist regelmäßig über den Ausarbeitungsstand des Konzepts auf dem Laufenden zu halten.

#### **4) TOP 1-125/14 Flughafen Zürich Gesuch um Genehmigung einer Änderung des Betriebsreglements**

---

Bürgermeister Kaiser führt anhand der Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein.

Stadtrat Reith: Es sei wichtig, dass die Stadt Donaueschingen und der gesamte Schwarzwald-Baar-Kreis mit diesem Widerspruch ein Signal sende. Im Mai diesen Jahres habe das Ministerium auch zugesichert, sich für die Bürger einzusetzen.

Bürgermeister Kaiser: Mit diesem Widerspruch solle die Regierung darauf aufmerksam gemacht werden, dass die 220. Durchführungsverordnung nicht zum wiederholten Male gelockert werden solle.

Stadträtin Weishaar: Sie möchte den Pionieren, die bereits in den 90er Jahren engagiert und aufmerksam die Entwicklung des Flugverkehrs über der Region beobachtet hätten und schließlich auch energisch dagegen vorgegangen seien, herzlich danken.

Stadtrat Kaiser: Mit dieser von Schweizer Seite geforderten Auflockerung der 220. Durchführungsverordnung könne noch nicht genau gesagt werden, wie die Auswirkungen auf Donaueschingen seien. Sicher sei jedoch, dass eine Mehrbelastung eintreten werde. Aus diesem Grund sei es richtig und wichtig, die vom Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis vorgelegte Einsprache zu unterstützen. Er möchte auch an alle Privatpersonen appellieren und sie darum bitten, Widerspruch einzulegen.

Stadtrat Müller: Es sei bemerkenswert, dass sich die Bürger bereits seit mehr als 15 Jahren für dieses Thema einsetzen und engagieren würden. Es sei wichtig, dass alles getan werde, um diese erneute Lockerung der 220. Durchführungsverordnung zu verhindern. Es sei schlichtweg nicht gerechtfertigt, was die Schweiz fordere.

Stadtrat Blaurock: Es sei schwierig, die Interessen der Region in Berlin klar darzustellen. Aus diesem Grund sei es wichtig, ein gemeinsames Gesuch abzugeben.

Stadtrat Reith: Die Region müsse ihre Position deutlich machen. Von jedem Einzelnen, aber auch von politischer Seite müsse ein Signal nach Berlin gesendet werden. Mit der von der Schweiz geforderten Änderung der 220. Durchführungsverordnung würden mehr Anflüge über die Region stattfinden und zudem auch in einer geringeren Höhe. Diese Flugverkehrsbelastung sei so nicht hinnehmbar. Auch die Abgeordneten im Bundestag aus der Region seien dazu aufgefordert, die Interessen ihrer Region zu vertreten.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

## **5) TOP 1-119/14 Annahme von Spenden - Genehmigung durch den Gemeinderat**

---

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

**6) TOP 1-126/14 Amt 4 Stadtbauamt/Amt 5 Bauverwaltung - Wiederbesetzung von zwei 50 % Stellen (Jobsharing)**

---

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)



## 7) TOP 1-116/14 Haushaltsplan 2015 - Personalkosten

---

Oberbürgermeister Pauly: Die Personalkosten würden gegenüber zum Vorjahr um rund 0,8447 % steigen. Diese Erhöhung sei trotz Besoldungsanpassungen durch das Gesetz und durch Tariferhöhungen nicht so hoch ausgefallen, wie zuerst angenommen worden sei. Gründe hierfür seien, dass einige Stellen weggefallen seien und junge Mitarbeiter mit einer niedrigeren Vergütung beginnen würden als ihre Vorgänger.

Beschluss: Die Entwicklung der Personalkosten wird zur Kenntnis genommen.

## 8) TOP 1-120/14 Haushaltsplan 2015 - Stellenplan - Entwurf

---

Beschluss:

Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

## **9) TOP 1-122/14 Stellenplan 2015 Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung**

---

Beschluss:

Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

## 10) TOP 1-124/14 Stellenplan 2015 Eigenbetrieb Wasserwerk

---

Beschluss:

Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

## 11.1) TOP 1-135/14 Haushalt 2015

---

Oberbürgermeister Pauly: Die in der letzten Sitzung eingereichten Fragen zum Haushaltsentwurf 2015 seien beantwortet worden. In der Tischvorlage, die bereits heute Mittag an die Gemeinderäte gemailt worden sei und auch ausgeteilt sei, würde zu den Fragen des Gemeinderates zum Haushalt 2015 im Detail Stellung genommen.

Stadtrat Kuttruff: Er danke Herrn Zoller für die Beantwortung der Fragen. Es wäre aber für eine bessere Verständlichkeit gut gewesen, die Fragen zu den dazugehörigen Antworten zu schreiben. In Zukunft wäre es sinnvoll, die Liquiditätslage bereits mit dem Haushaltsentwurf zu erhalten. Des Weiteren habe er noch Klärungsbedarf bezüglich der zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel im Rahmen der Konversion. Der genannte Ansatz für die Gebäude-AfA in der Tischvorlage sei anders, als wie in dem Haushaltsplanentwurf. Für die Kunst- und Musikschule sollten Schlüsselprodukte gebildet werden. Für das Produkt Konversion solle noch ein Unterprodukt gebildet werden.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Diese Tischvorlage sei symptomatisch für die bisherigen Haushaltsplanberatungen. Die Tischvorlage sei um 16.00 Uhr per E-Mail an die Gemeinderäte gesendet worden. Der Gemeinderat hatte somit keine Zeit, sich auf diesen Tagesordnungspunkt vorzubereiten, um diesen jetzt zu diskutieren.

Oberbürgermeister Pauly: In der Sitzung am 4. November und auch noch danach, habe der Gemeinderat die Möglichkeit gehabt, Herrn Zoller Fragen zum Haushaltsplanentwurf 2015 zu stellen. Es sei dann auch gesagt worden, dass die Antworten auf diese Fragen in der heutigen Sitzung verteilt würden. Die Kämmerei habe für die Beantwortung der Fragen Zeit benötigt. Sie arbeite derzeit am Limit, da momentan das Kontierungshandbuch ergänzt würde, das kommende Woche an die Gemeinderäte verschickt werden solle.

Stadtrat Greiner: Die Kämmerei solle zu den Antworten in der Tischvorlage die Fragen an die Gemeinderäte nachreichen. Dieses Papier solle dann in den Fraktionssitzungen aufgearbeitet werden und bei Bedarf in der kommenden Sitzung diskutiert werden.

Oberbürgermeister Pauly: Herr Zoller werde die Fragen zu den Antworten ergänzen und auch die in der heutigen Sitzung von Herrn Kuttruff gestellten Fragen beantworten und dies an die Gemeinderäte senden.

Stadtrat Dr. Wagner: Es solle und könne bereits heute entschieden werden, ob die Konversion in einem eigenen Produkt abgewickelt werden solle.

Stadtrat Karrer: Der Gemeinderat solle jetzt mit der Beratung des Haushalts 2015 beginnen. Während dieser Beratungen würden sich sicherlich auch wieder Fragen ergeben.

Oberbürgermeister Pauly: Die Verwaltung habe sich bereits ausführlich mit den Möglichkeiten, wie die Konversion abgewickelt werden könnte, beschäftigt. Sobald als möglich werde die Verwaltung dem Gemeinderat auch einen Vorschlag in einer Sitzung unterbreiten. Es sei dann zu entscheiden, ob das Projekt Konversion in einer Gesellschaft oder in einem Eigenbetrieb abgewickelt werden solle. Bei einer Gesellschaft sei die Gründung einer GmbH oder auch einer e.G. denkbar.

In der kommenden Woche würden die ergänzten Kontierungshandbücher an die Gemeinderäte versandt werden. Dem Gemeinderat solle dann zwei Wochen Zeit gegeben werden um sich einzuarbeiten. Dies bedeute, dass am 2. Dezember 2014 mit den Beratungen des Ergebnishaushalts im Hauptausschuss begonnen werde. In den Gemeinderatssitzungen am 9.

und am 16. Dezember 2014 werde dann die Beratung des Haushalts 2015 fortgesetzt. Die Sitzung am 25. November 2014 könne entfallen.

Beschluss: Die Information zum Haushalt 2015 werden zur Kenntnis genommen.

## **12) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes**

---

Keine.